

Schaffhausen will Kantonsreferendum gegen NFA-Beschluss

SDA, Bluewin, 17.08.2015

Der Schaffhauser Kantonsrat wehrt sich gegen den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Er will, dass der Regierungsrat das Kantonsreferendum ergreift, obwohl der Kanton ab dem kommenden Jahr nicht mehr zu den Gebern gehört.

Das Parlament hat am Montag eine entsprechende Motion von Thomas Hurter (SVP) mit 34 zu 17 Stimmen an die Regierung überwiesen. Hurter betonte, er wolle damit ein Zeichen nach Bern senden. Es gehe um den Solidaritätsgedanken.

Ziel des NFA ist es, jedem Kanton so viele finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass diese sich auf mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts belaufen. Weil diese Grenze deutlich überschritten ist, hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass die Geber jährlich 134 Millionen Franken weniger in den Ressourcenausgleich einzahlen.

Die eidgenössischen Räte hatten im Juni die Beiträge der Geberkantone in den Jahren 2016 bis 2019 jedoch nur um 67 Millionen Franken pro Jahr reduziert.

Dieser Vorschlag stammte ursprünglich von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die damit die verhärteten Fronten zwischen Geber- und Nehmerkantonen aufweichen wollten. Hurter betonte, dies sei ein "fauler Kompromiss".

Die SP-Fraktion lehnte die Motion ab. Es sei undemokratisch und unschweizerisch, wenn der gefundene Kompromiss mit einem Kantonsreferendum unterlaufen werden solle, sagte Martina Munz. Wenn KdK, National- und Ständerat sich nach gewaltigen Diskussionen auf etwas festlegen, sei dies kein fauler Kompromiss.

Der Kanton Schaffhausen gehört zu den Wechselkantonen. Seit 2013 ist er Geberkanton. Bereits 2016 wird er wieder zum Nehmer. Dasselbe gilt für Baslellandschaft, so dass es ab dem kommenden Jahr statt neun nur noch sieben Geberkantone sind.

Ein Kantonsreferendum müsste von mindestens acht Kantonen unterstützt werden. Zug und Schwyz haben sich bereits für ein Kantonsreferendum ausgesprochen, in Nidwalden hat der Regierungsrat ein solches beantragt.